

Anmerkungen zum Innovationsbündnis

In meiner Jugendzeit hieß das beherrschende Wort der politischen Linken „progressiv“ - fortschrittlich.

Alles war progressiv, was Linke erdachten. Die Definition von „progressiv“ war, dass einfach jeder Schritt nach vorne ein guter ist, wer stehen bleiben wollte, hatte im politischen Diskurs schon verloren.

Die konkrete Erfahrung mit linker Politik war dann eine andere.

Es kam ein schönes Bild, ein intelligenter Sinnspruch auf, den Sie alle kennen:

„Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter“.

Ein sehr deutliches Bild. Irgendwie, irgendwann war „progressiv“ dann „out“, ein entwerteter Begriff.

„Innovativ“ ist nun das neue „progressiv“ und es ist genauso inhaltsleer.

Der neue Verein heißt nicht nur Innovationsbündnis, auch in der Satzung und in der Antragsbegründung kommt dieses Wort ständig vor.

Was an Inhalten innovativ sein wird, wissen wir noch nicht, allerdings die Vereinsform, ja, die ist schon innovativ.

Wie ich beim letzten Kreisausschuss vom Landrat erfahren habe, ist die von uns kritisierte Formulierung in § 2 Nr.1 Satz 2, ich zitiere:

„Das Innovationsbündnis wirkt im Verhältnis zur kommunalen und staatlichen Verwaltung ergänzend bzw. nachrangig und hat deshalb nicht zum Ziel, reguläre kommunale oder staatliche Leistungen zu ersetzen“

extra wegen unserer Bedenken hineinformuliert worden. Das schmeichelt uns, wir halten es dennoch nicht für sinnvoll, diese juristische Selbstverständlichkeit dort niederzulegen.

Ein gemeinnütziger Verein kann natürlich nicht Entscheidungen der demokratisch legitimierten Institutionen, z.B. des Kreistages, ersetzen und auch sonst nichts, was so unter „staatliche Leistungen“ zu verstehen sein könnte.

Üblicherweise widmet sich ein gemeinnütziger Verein **einem** steuerbegünstigten Zweck, dem Tierschutz, dem Sport oder der Kunst etc. Dieses Innovationsbündnis tritt aber an, um sich um alle Themen, die irgendwie steuerlich als gemeinnützig gelten, kümmern zu wollen. Es sollen dort alle Themen erörtert werden, die auch die Kreisverwaltung, die politischen Parteien, die Ausschüsse des Kreistages, der Stadt wie der Gemeindevertreterversammlungen zu besprechen und zu regeln haben.

In Deutschland herrscht Vereinigungsfreiheit. Ein Verein, in dem engagierte Bürger sich zur Aufgabe machen, Einfluss auf lokale politische Entscheidungen zu nehmen, ist grundsätzlich zu befürworten. Wir haben nichts gegen Engagement, wir wollen wie alle anderen auch das Ehrenamt stärken.

Als ich im Kreisausschuss unsere Bedenken bereits ausgeführt habe, kam der Einwand vom Kollegen Gursch, „er wundere sich darüber, da wir doch sonst für eine stärkere Mitbestimmung der Bürger seien.“

Ich will Ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben:

Das Innovationsbündnis ist kein Graswurzelprojekt. Es ist ein „oben“ erdachtes Projekt. Es wäre ohne die Breuninger-Stiftung nicht zustande gekommen, die – bitte seien sie nicht naiv – ihre eigene Agenda verfolgt.

Die Breuninger-Stiftung ist auch nicht zufrieden damit, das Projekt angeschoben und nun in trockene Tücher gebracht zu haben, nein, sie kauft sich durch einen über ihre Verpflichtung als Stiftung gemäß Beitragsordnung mit einem Extrabeitrag in den beratenden Beirat ein, was entsprechend satzungsgemäß festgezurrt ist.

Sie will Einfluss nehmen und sie wird Einfluss nehmen.

Im Beirat sitzt sie unter anderem mit der Kreisverwaltung zusammen. Die Breuninger Stiftung kann hier massiv Einfluss von der Seitenlinie aus ausüben und wir nehmen an, dass sie das auch tun wird.

Und ich will eine weitere Antwort geben, indem ich Ihnen etwas prognostiziere:

Ich sage Ihnen voraus, dass es sich viele Institutionen nicht leisten können beim Innovationsbündnis nicht mitzumachen. Sie müssen aufpassen, dass dort nicht Dinge besprochen werden, die ihren Interessen zuwiderlaufen und einige werden im Innovationsbündnis ein neues Sprachrohr zu finden versuchen. Ihre Parteien werden Vertreter entsenden und einige, die hier sitzen, werden dort ebenfalls hingehen. Aber auch ihre

Zeit ist begrenzt. Was sie dort an Zeit investieren, fehlt ihnen dann vielleicht in der Ausschussarbeit.

Wer aber wird nicht in großen Scharen Mitglied werden?

Der nicht schon anderweitig organisierte Bürger. Der wird nicht kommen. Das Innovationsbündnis wird daher nur ein **Neumix des bestehenden Klüngels** werden. Wir werden sehen, was da an innovativen Ideen zu entdecken sein wird.

Aber eines scheint uns klar: Sie werden Projekte, die Ihnen lieb sind, hier mit dem Gütesiegel „empfohlen vom Innovationsbündnis Havelland“ einbringen wollen und dann davon ausgehen, dass dagegen kaum noch Widerstand möglich sein wird.

Nicht „ergänzend“ oder „nachrangig“ sind daher die Adjektive, die das Problem beschreiben bzw. aus dem Weg schaffen.

Nein, die Wirkung des Innovationsbündnisses wird sein, Entscheidungen so **vorzubereiten und im Vorfeld so abzustimmen, dass dem Kreistag nur noch formal das Durchwinken bleibt.**

Wir haben daher auch demokratietheoretische Bedenken: Wir wollen Entscheidungen, die dem Kreistag zustehen, nicht de facto in ein Innovationsbündnis auslagern, welches unter erheblichen Einfluss einer privaten Stiftung steht.

Wir werden heute deshalb gegen die vorliegende Beschlussvorlage stimmen.

Gerald Hübner
Fraktionsvorsitzender